



## Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0112/2018

Vorlage: <b>ST/0175/2018</b>		Datum: 21.09.2018	
<b>Oberbürgermeister</b>			
Verfasser:	10-Amt für Personal und Organisation	Az.: 10/AD	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN zur Einführung einer Plattform für Transparenz und Beteiligung</b>			
Gremienweg:			
27.09.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

### Stellungnahme:

Die Digitalisierung ermöglicht grundsätzlich eine erhöhte Transparenz und bietet darüber hinaus neue Möglichkeiten im E-Government zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern (E-Partizipation).

Im Bereich der E-Government-Transaktionsebenen Information bestehen bereits Open Data - Angebote (öffentliche abrufbare Daten / Open Data) in den nachfolgenden Bereichen:

- **Ratsarbeit ([www.buergerinfo.koblenz.de](http://www.buergerinfo.koblenz.de))**  
Das Bürgerinformationssystem bietet allen Interessierten die Möglichkeit, in den öffentlichen Sitzungsunterlagen des Stadtrates und seiner Ausschüsse zu recherchieren und Sitzungsunterlagen abzurufen.
- **Umfangreiches Angebot der Statistikstelle (u.a. Bürgerpanel)**  
Die Statistikstelle der Stadtverwaltung Koblenz bietet ein umfangreiches Angebot an frei zugänglichen Daten und Informationen rund um das Leben in Koblenz und der Stadtverwaltung. Aktuell ist es möglich, diese Daten aktiv online abzurufen bzw. sich für einen entsprechenden Newsletter anzumelden. Weitergehende Möglichkeiten werden durch die Etablierung und Veröffentlichung eines Bürgerpanels realisiert, durch den die Anwender sich selbstständig statistische Zusammenhänge visualisieren können.
- **Geoinformationsdaten (Umsetzung Landestransparenzgesetz)**  
Das Landestransparenzgesetz gewährleistet die aktive Veröffentlichung von amtlichen Informationen und Umweltinformationen durch die gesamte rheinland-pfälzische Verwaltung. Herzstück des Gesetzes ist die Transparenz-Plattform des Landes. Die Stadtverwaltung Koblenz etabliert derzeit ein neues Geoinformationssystem, in welchem die zu veröffentlichenden Informationen dem Landesportal und damit allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich der E-Government-Transaktionsebenen „Kommunikation und Interaktion“ könnten neue Partizipationsmöglichkeiten durch ein Social Media Angebot (Facebook, Twitter, Instagram, etc.) entstehen. Aktuell befindet sich das Social Media Konzept der Stadtverwaltung im Aufbau. Im Rahmen dieses Konzeptes könnten erste Formen der digitalen Beteiligung erprobt und etabliert werden.

Eine weitere Alternative könnte das neue ContentManagementSystem/CMS (Webauftritt [www.koblenz.de](http://www.koblenz.de)) bieten: Hier können verschiedene Projekte der Stadt vorgestellt und mit Dialogsystemen, wie z.B. mit Kommentarfunktionen versehen werden.

Bei dem angeführten Beispiel ([www.Hamburgnext.de](http://www.Hamburgnext.de)) handelt es sich nicht um ein offizielles Angebot der Stadt Hamburg. Hier agiert ein eingetragener Verein, der mit verschiedenen Akteuren aus Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung kooperiert. Die Internetpräsenz konzentriert sich auf Beteiligung und Transparenz in Bezug auf Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Ein ähnliches Informationsangebot befindet sich gerade in der Umsetzung durch das Amt 62/ Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement. Wie bereits oben angeführt, wird das bisherige Geoportal (CityGuide) durch ein modernes Geoinformationssystem abgelöst, in dem künftig baurelevante Information im Internet veröffentlicht werden.

Eine Kooperation mit der Koblenzer Start-Up Szene kann neue Impulse für eine Partizipationsplattform bieten. Zu Bedenken ist jedoch, dass bereits Anbieter auf dem Markt existieren und vergaberrechtliche Aspekte Berücksichtigung finden müssen.

Aus Sicht der Verwaltung wäre daher ein vorzuziehender Kooperationspartner die Universität Koblenz-Landau. Frau Prof. Dr. Wimmer (Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik hier in Koblenz) forscht und lehrt gerade in diesem Bereich und wäre eine Bereicherung für die Aufarbeitung der Thematik. Kooperationen bestehen mit dem Lehrstuhl bereits in anderen Bereichen und könnten hier ausgeweitet werden.

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt, dass die Verwaltung im Rahmen der Erarbeitung des Social Media Konzeptes die Partizipationsmöglichkeiten von Social Media prüft. Im Rahmen der Fortschreibung des E-Government-Konzeptes soll die Thematik in dieses Konzept eingearbeitet, in die gesamtstädtische Thematik eingeordnet, priorisiert und zur Beschlussfassung vorgelegt werden.